

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Schätzungen nehmen die Auswirkungen und die finanzielle Abschöpfung ein. — Erhaltungserklärung. — Anspruch. — Antrag. Nr. 42.

Rechtsanwaltsbüro für Rechtssachen und Rechtsberatung im Gesetzgebungs-, auswärtigen Rechtspolitik im Gesetzgebungs-, Rechtsanwaltsbüro für Gesetzgebungs-, auswärtige Rechtspolitik.

Telegramme: Tageblatt Auerzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postleitzahl: Aue Leipzig Nr. 1000

Nr. 22

Dienstag, den 27. Januar 1925

20. Jahrgang.

Die Zwischennote der Alliierten.

Frühestens Dienstag Übereilichung der Note der Alliierten.

Paris, 25. Jan. Es ist höchstwahrscheinlich, daß die nächste Note der Botschafterkonferenz, die eine Antwort auf die letzte Note Stresemanns in der Abfertigungsfrage darstellen wird, am Dienstag dem deutschen Botschafter in Paris übergeben wird. Unbedingt fest steht aber dieser Tag noch nicht, wenn er auch als sehr wahrscheinlich angesehen werden kann. Die Alliierten werden in der Note die Aussöhnung des Reichsaufnahministers wegen des § 429 des Versailler Vertrages ablehnen und erklären, daß eine Verpflichtung zur Räumung der Kölner Zone nach 5 Jahren nicht bestand, sondern daß diese Periode von fünf Jahren nur eine Vergünstigung für Deutschland unter der Voraussetzung gewesen wäre, daß dieses seine Abfertigungsverpflichtungen vollständig erfüllt hätte. Weiter wird in der Note nichts erhalten sein. Es wird erst der Schlussbericht der Interalliierten Militärkontrollkommission abgewartet werden, der aber erst Ende nächsten Monats eintreffen wird.

Es wird sich dabei um ein sehr umfangreiches Dokument handeln, worin alle angeblichen Verfehlungen Deutschlands aufgezählt sein sollen.

Berlin, 26. Jan. Das "Berliner Tageblatt" hatte aus Washington gemeldet, der Berliner Vertreter ausländischer Zeitungen Robert Dell habe Mitteilungen über die Geschichte der Rücknahme der Kölner Zone gemacht, wonach die englische Regierung die Absicht gehabt habe, Frankreich vorzuschlagen, am 10. Mai gleichzeitig die Kölner Zone und das gefaßte Ruhrgebiet zu räumen. Dr. Stresemann habe aber diesen Kompromiß abgelehnt und überhaupt vor den neuwählten Verhandlungen über gegenseitige Bugestände nicht führen wollen. Hierzu bemerkte die "Zeitung", an der Angelegenheit des Herrn Dell sei tatsächlich nur das eine richtig, daß eine private Konversation über einen derartigen Kompromißvorschlag geführt worden sei, und daß Dr. Stresemann den Vorschlag nicht abgelehnt, sondern daß er keinen Zweifel darüber gelassen habe, daß er seinen ganzen Einfluß einsehe werde, um den Vorschlag, falls er offiziell gemacht werden sollte, zur Annahme zu bringen.

Gegen den Bürgerblock in Preußen

Die entscheidende Sitzung des Zentrums.

Berlin, 25. Jan. Der Reichsparteivorstand der Zentrumspartei, die Vorsitzende der Reichs- und Landtagsfraktionen des Zentrums, sowie die Vorsitzenden und Generalsekretäre der Landes- und Provinzialverbände der Zentrumspartei haben sich in eingehender Beratung unter dem Vorsitz des früheren Reichskanzlers Dr. Marx mit der politischen Lage und mit Parteangelegenheiten beschäftigt. In einer einstimmig angenommenen Entscheidung wurde die Stellungnahme der Versammlung zur Regierungserklärung im Reich festgelegt und die vom Vorsitzenden der Zentrumspartei im Reichstag abgegebene Erklärung zur Bildung des Kabinetts Luther genehmigt.

Die Versammlung hat weiter von den Maßnahmen Kenntnis genommen, die die Reichstagsfraktion getroffen hat, um die mit dem Barmab-Konzern zusammenhängenden Angelegenheiten zu klären. Auch diese Maßnahmen fanden Zustimmung.

Über die Sitzung des Reichsparteivorstandes des Zentrums, die am Freitag und Sonnabend in Berlin in Anwesenheit von etwa 50 Mitgliedern tagte, erfahren wir noch folgende Einzelheiten. Neben den Abgeordneten Schrenck und Marx legte auch Abgeordneter Dr. Wirth seinen Standpunkt nochmals dar. Die Regierungsbildung in Preußen wurde nur in privater Aussprache gestreift. Allerdings wurde von maßgebenden Abgeordneten des preußischen Landtages der Standpunkt vertreten, daß die Fraktion auch bei der Wahl des preußischen Ministerpräsidenten am Freitag ihre eingenommene ablehnende Haltung gegenüber den Bestrebungen der Rechtsparteien nicht aufgeben könne. Selbst die unter Führung des Abgeordneten Herold stehende alte, aus landwirtschaftlichen Kreisen sich zusammensetzende Opposition, die noch bei der Fraktionsabstimmung über die Wahl des sozialdemokratischen Landtagspräsidenten Vartels 88 Stimmen aufgebracht hatte, glaubt sich von der Mehrheit der Fraktion in der Frage der Wahl des preußischen Ministerpräsidenten nicht trennen zu können. Innerhalb ist aber Aussicht vorhanden, daß bei klugem Entgegenkommen der Rechtsparteien sich aus diesen Kreisen noch einige Abgeordnete der Opposition anschließen werden.

Berlin, 26. Jan. In parlamentarischen Kreisen nimmt man an, daß die preußische Zentrumspartei den bisherigen Abschluß nach links belassen werde, aber besonderen Wert auf die Besetzung des Ministerpräsidentenpostens durch einen Zentrumsmann lege. In Zentrumskreisen werde angenommen, daß die Weimarer Koalition unter einem dem Zentrum angehörigen Ministerpräsidenten Aussicht auf Bestand und Regierungsfähigkeit habe. Über die Besetzung des Kabinettes im einzelnen seien die Verhandlungen noch im Gange.

Stresemann der Vorsitzende der Preußen-Koalition.

Berlin, 25. Jan. Ein Berliner Montagsblatt stellt fest, daß an der Regierungskrise in Preußen Dr. Stresemann die Mitverantwortung trage. Vor der entscheidenden Landtagssitzung habe eine Fraktionssitzung der Deutschen Volkspartei stattgefunden, an der auch Stresemann und Scholz teilnahmen. Das Urteil Stresemanns nach Verstärkung der großen Koalition habe in der Versammlung

lung den Ausschlag gegeben. Der ehemalige Minister v. Richter habe Stresemann in ehrlicher Empfehlung zugetragen: „Sie wollen uns in Preußen nur deshalb aus der Koalition stoßen, damit Sie, Herr Minister, im Reichskabinett bleiben können.“ Der Einfluss Stresemanns sei auch augenscheinlich noch so stark, daß die Landtagsfraktion der Deutschen Volkspartei unter Berlegung ihrer Koalitionsvergangenheit auch weiterhin in der Opposition verharren werde.

Am Freitag Wahl des preußischen Ministerpräsidenten.

Berlin, 24. Jan. Der Wettbewerbsausschuß des preußischen Landtages beschloß heute nach einstündiger Sitzung, die nächste Vollziehung des preußischen Landtages am Freitag den 30. Januar nachmittag 2 Uhr abzuhalten. Auf der Tagesordnung steht nur die Wahl des Ministerpräsidenten. Die in der Freitagssitzung entstandenen Zweifel über die Auslegung der Geschäftsordnung hinsichtlich der Abstimmungsergebnisse soll vom Geschäftsausschluß geprüft werden.

Was geht in Polen vor?

Mobilisierungsvorbereitungen.

Berlin, 25. Jan. Bei den aus Posen und den deutsch-polnischen Grenzgebieten vorliegenden Nachrichten über polnische Vorbereitungen zu einer Mobilisierung konnte an amtlicher Stelle bisher noch keine Aussicht erlangt werden. Jedoch hält man diese Nachrichten in unterrichteten politischen Kreisen nicht für unbegründet. Schon seit einigen Tagen wurden Meldungen bekannt, die über ähnliche Vorgänge in Polen berichteten. Selbstverständlich werden diese Dinge von den zuständigen deutschen Stellen mit der größten Aufmerksamkeit verfolgt, und es ist wohl anzunehmen, daß auch der offizielle Apparat dazu benutzt werden dürfte, um Auskünfte von der Warschauer Regierung zu erlangen.

Kundgebung für Großdeutschland in Hamburg.

Hamburg, 25. Jan. Am Sonntag fand in Hamburg eine Kundgebung für Großdeutschland unter Einschluß Deutsch-Ostreichs statt. Der Hauptredner, Freiherr von Richthofen, hob hervor, daß wir zwar jetzt eine deutsche Republik hätten, aber unser Ziel müsse ein geistiges Großdeutschland sein. Das Deutschlandlied beendete die begeisterte Kundgebung.

Die Unterdrückung des Deutschtums in Tirol.

Berlin, 25. Jan. Die "Montagspost" meldet aus Innsbruck: Die Italiener haben in Auer, einer völlig deutschen Gemeinde in Südtirol, einen von deutschen Eltern, deren Kinder die italienische Schule regelmäßig besuchen, eingerichteten deutschen Sprachkurs gewaltsam schließen lassen. Ferner wurde in Gries ein deutscher Kindergarten und in Innichen eine deutsche Kinderspielstube gewaltsam geschlossen.

Freisprech im Oberland-Prozeß.

München, 24. Jan. In dem Prozeß "Oberland" wurden sämtliche Angeklagten freigesprochen. Die Kosten wurden der Staatskasse überbürdet.

Demokratische Mittelstandspolitik im neuen Reichstage.

Wenn man in Handwerkskreisen herumgehört, so findet man nicht allzu freundliche Worte für die Politik der Deutschen Demokratischen Partei, denn dort haben sich die Rechtsparteien nicht ohne Erfolg bemüht, durch Erregung von Stimmungen nationaler und framdschwäbischer Art den Boden für eine günstige Annahme ihrer eigenen, dem heutigen Staate negierend eingesetzten Politik zu bereiten. Das alles hindert aber die Deutsche Demokratische Partei nicht, überall dort, wo es nötigt, für die Interessen des Handwerks einzutreten. Denn für eine grundätzlich liberale Partei — man möchte nach den Erfahrungen der letzten Zeit sagen: die allein bewußt liberale Partei Deutschlands — gehört die Wiederherstellung der sozialausgleichenden Bedeutung eines selbständigen Mittelstandes sowie derjenigen individualistischen Wirtschaftsformen, deren Herrschaft allein das Gedanken des Handwerkerhandels, des Kleinhandels und aller derjenigen Erwerbsgruppen, die den Mittelstand bilden, verbürgt, zu den Karsten und notwendigsten unmittelbaren Folgerungen aus ihrer sozial-liberalen Grundidee. Denn weil sie eine liberale Partei ist und zwar nicht aus einem Dogma heraus, sondern auf Grund der sachlichen Überzeugung, daß bessere Wege noch nicht gefunden worden sind, nimmt die Deutsche Demokratische Partei für die freie Wirtschaft.

Man mag zu den unter dem Eindruck der Kriegsnotwendigkeit geschaffenen Zwangsmaßnahmen stehen wie man will. Die Voraussetzungen, für die sie geschaffen waren, bestehen nicht mehr und dementsprechend müssen auch die letzten Reste der Kriegswirtschaft fallen. Deshalb fordert ein demokratischer Antrag die Aufhebung der Verordnungen über Preisstabilisierungen, über Preisprüfungsstellen, über den Verkauf mit Fleisch, und über Notstandversorgung. Es handelt sich wesentlich um die Aufhebung der Verordnung zur Führung des Artikels 8 Abs. 3 des Notgesetzes Februar 1923. Diese Verordnung, die unter Juli 1923 erlassen wurde, hatte schon die 22 Verordnungen zur Kriegswirtschaft weit ihrerseits neu begründet die Preistreiber die Verordnung gegen verbotene Ausschüttungen. Gegenstände, die Verordnung über Güter, die Verordnung über den Verkauf m. Fleisch, die Verordnung über Notstandversorgung, Verordnung über Preisprüfungsstellen, die Verordnung über Ausflugsplastik sowie die Wuchergerichtsung. Es handelt sich da um Verordnungen, die ger durch ihren materiellen Gehalt als vielmehr die Art, wie die Behörden diese Verordnungen führen, eine unerträgliche Belastigung des Kleingewerbes und des Kleinhandels mit sich brachten. Sie können fallen und die zu ihrer Durchführung gegenständen können aufgelöst werden, ohne daß irgendjemand ihnen nachtrauern würde. Mit diesem Antrag haben sich die Demokraten für die freie Wirtschaft eingesetzt, und es ist zu erwarten, daß die Wirtschaft nach und nach erkennt, daß nur die Deutsche Demokratische Partei den Willen hat, wirklich Ernst zu machen mit dem so oft von den Parteien verkündeten Wiederaufbau der freien Wirtschaft. Das wird sich namentlich bei den Außenhandelsfragen zeigen müssen. Und wenn auch hier trotz ihrer Bedeutung für das Handwerk nicht der Dr. ist auf diese Fragen näher einzugehen, so wird man doch auch auf diesem Gebiete den übrigen bürgerlichen Parteien kaum allzu große Unstreuungen im Sinne einer liberalen Wirtschaftspolitik zutrauen dürfen.

Der Antrag der Demokraten auf Errichtung eines Staatssekretariates für Handwerk im Reichswirtschaftsministerium entspricht einer alten Forderung des Handwerks, der man, nachdem die finanziellen Schwierigkeiten einigermaßen behoben sind, jetzt endlich einmal wiederkommen müssen. Die weiterhin geforderte baldige Vorlegung eines Verdingungsgefechtentwurfs verlangt, daß Behördenwillkür durch gesetzliche Ordnung auf einem Gebiet erzeugt wird, wo sie unter Umständen für den schwer kämpfenden Mittelstand besonders hart werden dürfte. Es wird dann weiter die Schaffung einer Vertragsabermittlungsstelle gefordert, die der Beteiligung des deutschen Handwerks bei der Begehung von Reparationslieferungen dienen soll. Auch da handelt es sich um eine von der demokratischen Reichstagsfraktion schon länger gegebene Forderung.

Der schwierigen Kreditsituation des deutschen Handwerks will ein Antrag entgegenkommen, der einen langfristigen billigen Kredit für die Handwerkergemeinschaften fordert. Wenn hier ein Regierungskredit verlangt wird, so gründet sich diese Forderung auf die nicht immer ganzigen Erfahrungen des Handwerks im Verkauf mit den Parteien. Denn es gibt zweifellos einen gewissen Betriebsaufwand, unter dem der normale Betrieb nicht

noch zweifelhaft ist und der momentan vordringend auch die Sicherheit der Bahnverbindungen nur sehr schwer erhalten kann. Mit diesem Antrag ist eine andere Vorderung verbunden, die sich auf einen Gesetzentwurf richtet, nach dem die öffentlichen Betriebe in Bezug auf öffentliche Dächer den freien Gewerbebetrieben gleichgestellt werden. Das ist eine Forderung, die nicht nur das Handwerk angeht, sondern alle Wirtschaftszweige. Und man wird bei der Neuregelung des Finanzausgleichs zwischen Reich, Ländern und Gemeinden in steuerlicher Beziehung besonders achten müssen. Der Beweis, daß der freie Betrieb in seinen Leistungen hinter dem öffentlichen zurücksteht, ist gewiß noch nicht erbracht worden. Umso mehr wird man verlangen dürfen, daß — wenn überhaupt öffentliche Betriebe existieren — sie dann unter denselben Bedingungen arbeiten müssen wie die freie Unternehmung und nicht auf Kosten der Steuerschäfer eine Überlebensfähigkeit vorräumen, die ihnen garnicht zu kommt. In ähnlicher Richtung liegt ein Antrag Will und Genossen, der die Einbesitzung der in Bahnhofsgebäuden und auf Bahnhofsgelände untergebrachten Betriebsstätte sowie der bekannten Erfrischungsabenden in den Städten unter dem Begriff der offenen Verkaufsstellen im Sinne der Gewerbeverordnung verlangt. Denn es ist für den Kleinhandel unerträglich, wenn etwa in unmittelbarer Nähe auf einem Bahnhof eine Verkaufsstelle über dem selbständigen Kaufmann gestellte Zeit hinaus Konfektion, Zigarren und ähnliche Waren verkaufen darf. Auch hier muß die Herstellung der Bindungen der freien Konkurrenz unbedingt gefordert werden.

Endlich sei noch der Antrag erwähnt, der die umgehende Vorlage des Reichshandwerfergesetzes verlangt, eines Gesetzentwurfs, der schon jahrelang in den Kammern schlummerte — wie manche vermuten, weil das selbständige Handwerk an der parlamentarischen Zusammensetzung der darin begründeten Geldverwaltungsdorgane Unzufriedenheit. Sehr mit Unrecht! Denn wenn es überhaupt eine Erwerbsgruppe gibt, in der nach der Natur der Arbeit selbst das Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer weniger kompliziert und zugespitzt ist, so gilt das vom Handwerk. Auch in dieser Beziehung steht eben das Handwerk eine ausgleichende gesellschaftliche Funktion, die es für eine Überwindung der Klassengesellschaft wertvoll und unentbehrlich macht. Deshalb ist auch richtig, daß man — wie ein weiterer Antrag fordert — das Handwerk unmittelbar an der Vorbereitung der Neuordnung der Außenhandelsbeziehungen beteiligt. Denn von der Frage, ob diese Neuordnung in liberalerem Sinne durchgeführt wird oder nicht, hängt für die nächsten Jahrzehnte wenigstens das Gedanken nicht nur des Mittelstandes, sondern des ganzen Volkes ab.

Die deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen

Dienstag französische Antwort.

Paris, 25. Jan. In Kreisen der deutschen Wirtschaftsdelegation wird die französische Antwort Dienstag erwartet. Die Besprechungen der Unterkommissionen sind eingestellt, da die vorliegenden Fragen erfüllt. Keine Besprechungen stehen augenblicklich

Frage der Pariser Verhandlungen?

Januar. Wie der „Lokal-Anzeiger“ erfährt, einer zuständiger Stelle als möglich bezeichnet, ein — von den französischen Blättern gemeldet — zurücksommen werde, die Handelsverträge in freundlicher Weise zu unterbrechen. Jetzt die französischen Unterhändler über die auf die deutschen Rückfragen.

Der Eisenbahnverkehr Festland—England.

Berlin, 24. Jan. Auf der letzten Tagung des Beratungsrates der Deutschen Reichsbahngesellschaft, die eine Woche in Berlin stattfand, erteilte der Verwaltungsrat seine Ermächtigung zum Abschluß eines Vertrages der Deutschen Reichsbahngesellschaft mit der französischen Bahnbootgesellschaft, wodurch die Möglichkeit einer unmittelbaren Überführung von Eisenbahnwagen

zwischen dem Festlande und England geschaffen werden soll.

Eine Rede Primo de Riveras.

Berlin, 25. Jan. Die „Montagspost“ meldet aus Madrid: In einer großen politischen Massenversammlung hielt Primo de Rivera eine bedeutungsvolle politische Rede, zu deren Schluß er sagte: Die Diktatur ist stark, sie berichtet ihre Gegner und bedürftet nicht mehr der Mitarbeit früherer Politiker, die ihre Rechte verwickelt hätten. Alle Generale des Direktoriums sind entlassen, ihre Pflicht zu erfüllen.

Politische Rundschau.

Dr. Steinholz' Motto.

Dresden, 24. Jan. Die Darstellung des nach unserer Kenntnis auffallend gut unterrichteten Berliner Korrespondenten der „Times“ zeichnet ein äußerst schmeichelhaftes Bild von den Fähigkeiten des demokratischen sächsischen Finanzministers in seiner Beurteilung durch die maßgebende englische Presse. Wenn Dr. Reinhold dem Rote Bucher nicht gefolgt ist, so war für ihn natürlich die ablehnende Haltung der demokratischen Fraktion des Reichstages maßgebend, die auf dem Standpunkt steht, daß es nicht Aufgabe der besten Köpfe der demokratischen Partei ist, einem ausgeschworenen Reichskabinett als demokratisches Gelegenheitsblatt zu dienen.

Festland und „Stahlhelm“.

Dresden, 24. Jan. Nach einer Mitteilung der Nachrichtenagentur hat die Staatspolizeiverwaltung dem Polizeipräsidenten Kühn in Dresden mitteilen lassen, daß der Polizeioberleutnant Göthe dem Leipziger Polizeipräsidenten gegenüber erklärt hat, er habe nunmehr eingesehen, daß seine Stellung zum „Stahlhelm“ falsch gewesen sei, daß vielmehr die Stellung des Polizeipräsidenten von Dresden zum Stahlhelm die richtige gewesen ist.

Mit dieser Feststellung sind hoffentlich endlich die Erörterungen über die Beziehung des erinderten Polizeiobertolets abgeschlossen, die mehrere Stunden der letzten Sonntagsitzung in Anspruch genommen haben, ohne daß dabei irgend etwas herausgekommen ist als eine gegenseitige Verditterung und Missstimmung. Der deutsch-nationale Abgeordnete Grellmann hat den mehrwöchigen Antrag gestellt, daß über diesen Punkt eine Misbilligungserklärung gegen die Haltung der Regierung zur namentlichen Abstimmung gelangen soll, obgleich bei der Verhandlung im Sonntag selbst von den deutsch-nationalen Bänken die Regierungserklärung über ihre Haltung mit sehr richtig-Klasse begleitet wurde.

Wer wird Umtshaupmann in Bittau?

Dresden 25. Jan. Die Bezirkstagsversammlung der Umtshaupmannschaft Bittau hat mit 21 gegen 18 Stimmen beschlossen, der Regierung als Kandidaten für den Posten eines Umtshaupmanns den Oberregierungsrat Käßner oder den Regierungsrat Dr. Dösterheld vorzuschlagen. Die 18 Stimmen der Minderheit stießen auf den fröhlichen sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Käßmann.

Kommunistenverhaftungen in Bayern.

Die bayerischen Polizeibehörden haben eine große Razzia auf Kommunistenführer veranstaltet. Stadtrat Wagner in Augsburg sowie ein dortiger Metallarbeiter wurden verhaftet, weil sie die Arbeiten der Kommunistischen Partei fortgeführt haben sollen.

Europäerin gehorchen.

Moskau, 24. Jan. Der frühere General Eurobatin, der Höchstkommandierende im russisch-japanischen Krieg, ist in Chemtschurin, im Gouvernement Pjotrjewsk gestorben.

Montag Auslegung der U.-G.-G.-Anleihe in Amerika.

New York, 25. Jan. Der „Newark Times“ aufzeigt, wie die Behnmillionen-Anleihe der U.-G.-G. bereits am Montag in Amerika ausgelegt werden.

Der Sieger.

Roman von Marie Stahl.

(2. Fortsetzung.)

Um Abend schreckte sie einmal aus dem Halbschlaf auf und sagte hastig: „Mutter, sie ist schlecht, ich kann nicht mehr mit ihr verkehren. Die Brunetti hat mich gewarnt, sie sei kein Umgang für mich.“

Und ohne daß sie einen Namen nannte, wußte ihre Mutter sofort, daß sie von dem Brüder spräche.

„Ja, und dann habe ich andere gefragt und alles erfahren. Ich habe es mir schon gebaucht,“ murmelte Gessine weiter, indem sie sich unruhig herumwarf.

Wieder bedurfte es keiner weiteren Aufführung. Wie ein Blitz erleuchtet sah Tora das, was dunkel gewesen war vor ihren Augen, die Angst machte sie schrecklich. Sie wußte völlig, was Gessine seither gequält, daß sie von Josska Peschel und von Gabler spräche und daß beide sie betrogen hätten.

Und das war ihr augenblicklich ganz gleichgültig, wenn sie nur ihr Kind erst wieder gesund fühle und müßte, was für eine Krankheit zum Ausbruch kommen würde. Der Arzt wußte es vorläufig auch nicht, er verordnete Eisumschläge auf den Kopf und gab Fiebermedizin. Drei Tage verbrachte Tora in einer herzhemmenden Angst. Der Arzt kam zweimal täglich. Gessine hatte schlechtes Fieber, dümpfes Kopfschmerz und Brechreichen. Sobald man sie veransah, Nahrung zu nehmen. Aus solch einem Zustand konnte sich Schlimmes entlocken, es waren böse Symptome; das gräßliche Geheimnis einer Gehirntumorsbildung schreckte die entsetzte Mutter, dieser mörderischen Krankheit, deren Opfer verblieben, wenn sie nicht sterben.

On ihrer namenlosen Borge dachte Tora an den Bruder und schaute sich noch seinem Bestand. Sie war

so allein mit ihrer Angst, da sie sich seit den Sommerferien noch in Italien, wo ein schwerer Gichtanfall ihrer Mutter sie zurückhielt, sie konnte nicht daran denken, sie herbeizurufen. Für die Nacht hatte sie eine Krankenpflegerin zur Hilfe genommen, es war ihr auch nicht um die Pflege zu tun, die ließ sie sich von niemand streitig machen, doch sie sehnte sich heftig nach des Bruders Gegenwart in ihrer Herzengst. Und er allein konnte auch raten und helfen in dieser Sache mit Gabler, der in den nächsten Tagen zurückkehren wollte.

Am Nachmittag des dritten Tages entschloß sie sich, an Wilderich zu schreiben und einen Hilferuf an ihn zu erlassen. Gessine lag in einer halben Bettruhe, die Wohnung war totenstill und die trübe Beleuchtung des grauen Regentages stimmte die besorgte Mutter so melancholisch, daß sie das Schlimmste schon als Gewißheit annahm.

Sie hatte eben einige verzweifelte Seiten an den Bruder auf das Papier geworfen, als an der Haustür geklopft wurde, denn die Klingel war abgestellt. Gleich darauf brachte ihr das Mädchen eine Depesche. Sie kam von Wilderich und lautete:

„Kuno in Monte-Carlo verunglückt. Ich bin auf dem Wege dorthin. Weitere Nachrichten abwarten.“

Das Entsehen läßt sie fast. Sie ahnte das Unglück. Sicher hatte Kuno alles verspielt und sich erschossen. Die alte Regel bewahrheitete sich wieder einmal, daß kein Unglück allein kommt. Und nun in aller Lustregung und Herzengst hatte sie keinen Menschen zur Aussprache.

Sie verbrachte eine schreckliche Nacht. Die Wasser der Trübsal gingen ihr bis an die Seele, es war zuviel mit einemmal über sie gekommen. Wenn sie an Gabler dachte, schaute sie ein verzweifelteres Bild und ihr Blut kochte, denn er war die mögliche Ursache von Gessines

Aus Stadt und Land.

Am, 26. Januar 1925.

Das Naturtheater der Sonneninsel, das in Deutschland für die vierte Nachmittagsstunde des Sonnabends vorausgelegt war, ist durch die Ungunst der Witterung völlig vereitelt worden. Die Trübung des Himmels gegen Mittag verdichtete sich weiter zu umhüllender Bewölkung, der schließlich anhaltende Schneefall folgte, sodoch es unmöglich war, auch nur ein Bild der Sonneninsel zu erfassen.

Winter sport. Allenthalben hat im Erzgebirge am Sonnabend und Sonntag Schneefall eingesetzt, der die so lebhafte winterliche Wintersportgemeinde mit Freude und Hoffnung erfüllt. Aus Oberwiesenthal, Eibenstock, Johanngeorgenstadt, Annaberg wird eine Schneelage gemeldet, die die Ausübung des Skisports bereits gestern aufließ. Well der Schnee ganz unerwartet gekommen war, blieb am gestrigen Sonntag die Zahl der Sporttreibenden noch etwas beschränkt; sie wurde am Nachmittag aber schon stärker und dürfte in den nächsten Tagen weit größer werden, wenn der Wettergott nicht wieder einen Strich durch die Rechnung macht.

Der warme Winter. Das geophysikalische Institut der Universität Leipzig konnte am Freitag den ersten meteorologischen Flug vornehmen. Der Leiter des Instituts, Professor Schreiber, stieg in einem Doppeldecker des Leipziger Vereins für Luftschiffahrt auf und nahm die Gelegenheit wahr, ganz moderne Apparate, die sogenannten Meteorographen, auszuprobieren. Man stieg etwa 2000 Meter hoch und erreichte dort endlich Temperaturen von nur 1 Grad Kälte. Dies ist außerordentlich bezeichnend für die abnorme Witterungslage in diesem Winter, denn tatsächlich müssen um festige Zeit in solchen Höhen etwa 10 Grad Kälte sein.

Winternachtliche Gehaltszahlung? Die in der Presse verbreitete Nachricht, daß die Reichsregierung sich zur Wiedereinführung der vierjährlichen Gehaltszahlungen entschlossen habe, ist ungutredend, zumindest verübt. Den Beamtenverbändenorganisationen, die im Reichsfinanzministerium in dieser Angelegenheit vorstellig geworden sind, ist lediglich mitgeteilt worden, daß diese Frage nach ihrer technischen, wirtschaftlichen, belastungs- und beamtenpolitischen Seite geprüft werde. Eine endgültige Stellungnahme des Reichsfinanzministeriums liegt noch nicht vor. Das Kabinett hat sich mit dieser Frage überhaupt noch nicht beschäftigt.

Schadenfeuer. Am Sonnabend nachmittag gegen 18 Uhr entstand in einem im Hof des Hauses Wettinerstraße 68 gelegenen Fabrikationsraum ein Brand, dem eine Anzahl Hulloidknäppe, Schürzen und andere Wäschestücke zum Opfer fielen. Der Ordnungspolizei, die sofort per Rad und mit Minimax-Feuerlöschern nach der Brandstätte eilte, gelang es mit Hilfe von Hausbewohnern und dem Feuerlöscher das Feuer abzulöschen. Der entstandene Schaden von mehreren hundert Mark ist durch Versicherung gedeckt. Die Entstehungsursache des Brandes ist auf das Verlügen einer elektrischen Platze, vermutlich Kurzschluß, zurückzuführen.

Ein Raubüber, der schon seit einiger Zeit in der Reichsstraße sein Unwesen trieb, wurde in der Nacht zum Sonntag ermittelt und zur Anzeige gebracht. Weitere wurden mehrere Personen ermittelt, die auf dem Niederschlemaer Weg wieder einmal Löcher über den Weg gelegt hatten und dadurch den Verkehr gefährdeten.

Einlosen betrunken aufgezogen wurde vergangene Nacht in der Schwarzenberger Straße ein junger Mann von hier. Er wurde nach der Wache gebracht, wo er seinen Rauch ausschließt und dann wieder entlassen wurde.

Herrgenommen wurde ein junger Mann wegen Betteln.

Erhöhung der Personentaxe? Der Ausschuß und der Verwaltungsrat der Deutschen Reichsbahngeellschaft beriet in dieser Woche die Finanzlage und die Sicherstellung der Reparationszahlungen, deren erste Rate von 100 Millionen Mark am 1. März 1925 bezahlt werden wird. Die Finanzlage der Gesellschaft erwies sich noch so gespannt, daß bei einer etwaigen Erhöhung der Ausgaben von einer gleichzeitigen Steigerung des Einnahmen durch Erhöhung der Personentaxe und einer etwaigen Steigerung der Reisentaxe nicht abgesehen werden kann. Für das System des Frachtdienstes wurden neue Bestimmungen gegeben, doch gestaltet die Finanzlage der Gesellschaft nicht eine weitere Erhöhung der jetzt auf drei pro Millie herabgesetzten Provision beim Stundungsverkehr.

Anfrage wegen der Brotpreise. Die abgeordneten Günther, Plauen, und Claus haben nomens der demokratischen Fraktion im Landtag folgende Anfrage eingereicht: „Die Preise für Brotgetreide steigen andauernd und werden, wenn

körperlichem Zusammenbruch. Dazu kommt die quälende Ungeheuer über Kunos Schicksal und schlimmer als alles markierte sie die bebende Angst um das Leben und Glück ihres Kindes.

In dieser langen, lichtlosen Herbstnacht machte sie die Erfahrung, daß keinem Sterblichen die Stunden erspart bleiben, die ihn, losgelöst von aller Hilfe, ganz auf sich allein, auf sich selbst stellen und ihn bis an die äußersten Grenzen seiner Widerstandskraft führen. Doch in ihrer größten Not lernte sie auch ihre besten Kräfte kennen. Im tiefsten Grunde ihres Weinen stieß sie auf einen festen Boden und sie blieb aufrecht mit einem festen und höchsten Heroismus, der jedem Schicksal, auch dem grausamsten, die Stirn bietet mit dem folsamen Wort: Hier siehe ich! Sie dachte an den Bruder, wie er das Schicksal ertragen und sie wurde ruhiger.

Am folgenden Morgen kam die Erdbung von der einen größten Sorge. Es zeigte sich ein starker Wasserschlag bei Gessine und der Arzt sagte: „Gott sei Dank, jetzt bin ich beruhigt, sie hat die Masern! Ich dachte, es sei etwas viel Schlimmeres!“

Es hatte Ende Sommer eine Masernepidemie in München geherrscht, die aber fast erloschen war.

Mit dem Wasserschlag der Krankheit befürchtete sich das Bestinden des Patientin, doch bedurfte sie sorgsame Pflege und es war unmöglich für Tora, sie zu verlassen, da sie sich auch unter einer fehlenden Depression litt und ihre Mutter keinen Augenblick missen wollte.

Sehr hart war es für Tora, als am folgenden Tag eine zweite Depesche von Wilderich kam mit der niederschmetternden Nachricht:

„Kuno tot. Wird in Heidelberg eingedacht. Ich bringe die Kiste nach Wachlow. Seine Mutter weiß bereits.“

(Fortsetzung folgt.)

es so weiter geht, müssen ferner eine Höhe erreichen, die eine ernste Gefahr für die Volksernährung bedeutet. Ist die Staatsregierung bereit, sofort bei der Reichsregierung Druck zu wirken, daß eine ausreichende Brotversorgung zu extraktiven Preisen für die Bevölkerung sichergestellt wird?"

Werktägige Rätselkiste bei den Galionsgeschenken. Die Mitglieder des Bundes der Hotel-, Restaurant- und Caféangestellten stifteten in Form einer Neujahrs-Glückwunschkarte die Summe von annähernd 20 000 Mark für die im Bund bestehende Dr. Blücher-Stiftung. Der Ertrag kommt den älteren und hilfsbedürftigen Mitgliedern zugute. Am Weihnachten veraußgaben die Ortsgruppen des genannten Bundes für Bescherungen an Kinder, hilfsbedürftige Familien und erwerbslose Mitglieder die staatliche Summe von fast 60 000 Mark.

Demokratische Einlösung der Billionenscheine. Wie verlaufen werden die Billionenscheine in kürzester Frist eingelöst werden? Man wird damit rechnen können, daß die Bekanntmachungen Ende Februar, spätestens Anfang März, ergeben werden. Der Termin, bis zu dem die Einlösung erfolgen muß, wird dann ebenfalls bekanntgegeben. Es ist wesentlich, daß die Reichsbank schon so bald mit der Einlösung vor gehen kann, da dies auch im Interesse unserer Währung liegt.

Besser geprägtes Silbergold. Auf verschiedene Klagen wegen mangelhafter Prädigung von Reichssilbermünzen hat, wie aus Dresden gemeldet wird, das Finanzministerium festgestellt, daß die staatliche Münze in Waldshut-Hütte angeboten wurde, alle Maßnahmen zu ergreifen, um künftig einwandfreie Münzen herzustellen.

Weißbach. Am 2. Januar wurde auf einem Feld in Weißbacher Flur in halbverrotem Zustand eine Frauensperson aufgefunden, die sich Elsa Leublitz nennt und am 25. 3. 1894 in Frankfurt am Main als Tochter des Kaufmanns Gustav Leublitz und der Ella Marie Hobert geboren sein will. Die Frauensperson ist stumm, hört und schreibt aber gut und behauptet, daß sie früher habe sprechen können. Alle von ihr gemachten Angaben haben sich als unwahr herausgestellt, und alle sonstigen Ermittlungen zur Feststellung ihrer Person sind erfolglos geblieben.

Waldshut. Hundesperrre wegen Tollwut. Nachdem im benachbarten Streckenwald an einem dort aufgegriffenen Hund die Tollwutkrankheit einwandfrei festgestellt worden ist, mußte auch über unserm Ort die Hundesperrre verhängt werden.

Dresden. Messen und Trauertag. Gegen Prüfung eines allgemeinen Trauertags für die Opfer des Weltkrieges auf den 1. März protestieren das Leipziger Messamt und die Zentralstelle für die Kriegerstellen der Leipziger Messen, da gleichzeitig an denselben Tage die Leipziger Frühlingsmesse beginnt. Nicht nur die Messe würde einen empfindlichen Schlag erleiden, sondern mehr als 100 000 Besuchern würde infolge Abwesenheit von der Heimat die Gelegenheit genommen werden, diesen Tag seiner Bedeutung entsprechend zu begehen. Die Zentralstelle schlägt deshalb vor, beim Reichsministerium des Innern dahin vorzuschreiben, daß der Trauertag nicht am 1., sondern am 15. März abgehalten wird.

Freiberg. Die Flucht aus der Kommunistischen Partei. In der letzten Stadtverordnetenversammlung verlor der Stadtverordnetenvorsteher ein Schreiben, in dem die sämtlichen vier Mitglieder der kommunistischen Stadtverordnetenfraktion mitteilten, daß sie aus der Kommunistischen Partei ausgetreten sind, da sie die von der Zentrale der KPD ausgearbeiteten Richtlinien für die Kommunalpolitik nicht vertreten könnten. Eine Niederschrift ihrer Mandate erfolgte nicht. Die Kommunistische Partei hat nun in Freiberg nur noch einen Vertreter im Rat, falls dieser es nicht auch vorziehen sollte, seinen Genossen im Stadtverordnetenkollegium zu folgen.

Dresden. Höhere Abteilungen an Volksschulen. Die Stadtverordneten beschäftigten sich mit einer Vorlage des Rates über die Einrichtung höherer Abteilungen an Volksschulen. Danach sollen vorbehaltlich der Zustimmung des Ministeriums für Volkssbildung Ostern 1920 an einer Unzahl Dresdner Volksschulen höhere Abteilungen für Knaben und Mädchen eingerichtet, die an den Volksschulen bereits bestehenden Ausbaulassen für Mädchen des neunten und zehnten Schuljahrs fortgeschritten und Klassen gleicher Art für Knaben eingerichtet werden. Stadtschulrat Dr. Horodec führt dazu aus: Die Einheitsschule soll eine differenzierte Schule sein. Die Einführung von Kursen könne jedoch nicht als Differenzierung angesehen werden, wie auch von Leipzig und Chemnitz ausgesprochen worden sei, sei sie unzulänglich. Die Ratsvorlage landet gegen die Stimmen der Sozialisten, Kommunisten und des deutschnationalen Stadtverordneten Blumentritt Annahme.

Rammenz. Vom Wachhund gestellt. Ein aus Eltern stammender Dieb überstieg dieser Tage in Rosenthal dreifache Meter hohe Hofmauer des Kaufmanns Claus. Auf dem Hof stellte ihn der wachsame Hund und ließ ihn nicht weiter, bis Polizei eintraf, was sehr rasch geschah, da sich im selben Gehöft die Wohnung des Landgendarms befand.

Was die Frau interessiert.

Eine Revolution in der Küche.

Es ist eine unerlegbare Tatsache, daß unsere Haushalte leider immer noch technischen Neuerungen in der Küche stets feindselig oder mindestens mißtrauisch gegenüberstehen. Sie halten in konserватiver Treue an den Geplogenheiten der Mutter und Großmutter fest. Die moderne Haushalt aber muß umlernen, besonders in der Küche. Wie diese unblutige Revolution gemacht werden soll, das wird gegenwärtig vom Betriebsamt der Stadt Dresden in der neuingerichteten Werbeschauung der Gas- und Elektroindustrie gezeigt. Am Freitag mittag fand in dem modern hergerichteten Vortragssaal der Ausstellung eine kurze Einführung mit Vorführungen für die Presse statt. Stadtschulrat Wahle hielt den einleitenden Vortrag. Er wies zunächst darauf hin, daß in der Kriegs- und Nachkriegszeit der Gasabsatz einen erheblichen Rückgang erlitten habe. Erst nach eingetretener Stabilisierung sei es allmählich gelungen, den Absatz des Gases wieder zu beleben. Der Gasverbrauch müsse aber immer weiter gesenkt werden, weil bei den noch immer so hohen Kohlenpreisen und Frachten die einzige Möglichkeit zur Verbesserung des Hauses in der Erhöhung des Umlages liege. Das sei in anderen Ländern, wie Amerika und England, schon längst er-

kannt worden, wo das Gas ganz allgemein zu Koch- und Heizzwecken Verwendung finde. In England z. B. kommt in den normalen Haushalt keine Kohle mehr herein. Ansicht der wirtschaftlichen Lage ist die Erfahrung des Gases im Haushalt eine wesentliche Leistungsfähigkeit für die große Zahl der Winderlöschmittel und deren, die ihr Vermögen verloren haben. Für alle Hausfrauen, die sich heute ohne Dienstboten behelfen müssen, bedeutet die Gasverwendung eine erhebliche Verkürzung schwerer Arbeit und damit gleichfalls wieder eine Besserung der Gesundheit. Darauf folgte die Wiederherstellung des Betriebes des Hauses im Haushalt an den verschiedensten Ausstellungsgemälden. Weitere Beispiele der praktischen Verwendung des Gases im Haushalt an den verschiedenen Ausstellungsgemälden. Nicht nur Apparate zum Kochen, Baden, Blättern, warmem Wasser für die ganze Wohnung, sondern vor allen Dingen auch Gasöfen und Anlagen für zentrale Beheizung von Wohnungen und ganzen Häusern mit Gas wurden vorgeführt. Die Rednerin betonte vor allem, daß es gelingen müsse, die heranwachsende weibliche Jugend für die Fortschritte der Technik zu gewinnen. Das städtische Betriebsamt hat mit dieser Ausstellung wirklich einem dringenden Bedürfnis Rechnung getragen. In letzter Zeit sind ja in verschiedenen Gebieten Sachens neue Gasanlagen geschaffen worden, in dieser Ausstellung wird die praktische und sparsame Nutzung des Gases gezeigt. Das Kochen einer Mahlzeit für eine Familie kostet nachweislich nicht mehr als 8 Pf. Vom 26. Januar ab steht die Ausstellung jeder Mann offen.

Gerichtszaal.

Wegen eines Vergehens gegen das Gasverbot. Bäckermeister Karl Hermann Schüttach in Oberfahlheim, 1867 in Ingel geboren und noch nicht vorbestraft, einen Strafbefehl erhalten. Er ist aber auf seinen Einbruch vom Amtsgericht Schneeberg freigesprochen worden. Schüttach soll schon vor sechs Uhr mit der Arbeit haben beginnen lassen. Der Vorberichter fährt aus, daß es kleinlich wäre und nicht im Sinne des Gesetzgebers liege, der die Nachtarbeit habe verbieten wollen, wenn man in dem Anfang weniger Minuten vor 8 Uhr eine strafbare Handlung erledigen wollte. Das Berufungsgericht hob das Urteil des Vorberichters auf und verurteilte Schüttach wegen unzulässiger Nachtarbeit zu 20 Mark Geldstrafe bez. zwei Tagen Gefängnis.

Neues aus aller Welt.

Die Sonnenfinsternis.

Valencia (Spanien), 25. Jan. Die totale Sonnenfinsternis konnte auf dem Hapag-Dampfer "Siguria" von den Astronomen der Hamburger Sternwarte Prof. Schorr und Dr. Baade auf 49 Grad Breite und 48 Grad Länge bei wolkenlosem Himmel vorzüglich beobachtet werden.

Werkhof, 24. Jan. (Hundspfarr.) Nach einer Fahrt aus Salzburg ist das Beppelinflüschiff "Das Ungeheuer" um 8.45 Uhr morgens mit acht Astronomen an Bord zur Fahrt nach Mantua aufgestiegen, um an der Beobachtung der Sonnenfinsternis teilzunehmen. Der Himmel ist ungewöhnlich klar.

Die "Budau" in Danzig. — Bevorstehende Schiffskatastrophe.

Danzig, 25. Jan. Das Rietzner-Schiff "Budau" ist nach zweitägiger Reise gestern abend im Danziger Hafen eingetroffen. Die Fahrt verlief bei einer Knotengeschwindigkeit von 8 Seemeilen und einer Windstärke von 1—2 Metern in der Gegend günstig. Gestern und morgen werden in der Danziger Buch-Befreiungsfahrt stattfinden. Gegen Ende des Monats wird dann die "Budau" mit einer Hochladung nach England fahren.

Luksemburg in Berlin. Berlin, 25. Januar. Gestern wurde auf dem Urnwalder Platz im Westen Berlin im Gedächtnis des 18 Jahre alten Dienstmädchen Stoberstorff aufgefunden. Es liegt ein Sittlichkeitsverbrechen vor. Nach dem Befund der ärztlichen Untersuchung liegt ein Lustmord vor. Die Persönlichkeit des Täters konnte noch nicht festgestellt werden, doch ist es gelungen, eine eingehende Beschreibung seines Neuzehn zu erhalten.

Milchpreissenkung in Berlin. Der Magistrat Berlin teilt mit: Die Verhandlungen mit der Landwirtschaft haben zu einer anderen Berechnungsmethode geführt, so daß trotz unverändelter Butterpreise eine weitere Senkung des Milchpreises möglich ist. Diese beträgt für ein Liter Vollmilch ab Laden des Kleinbäckers 28 Pfennig, für ein Liter Vollmilch ab Berliner Kuhstall 31 Pfennig. Der Preis für Magermilch bleibt unverändert auf 10 Pfennig je Liter bestehen.

Gattenmörderin. Im Oktober vorligen Jahres wurde der Besitzer eines Rittergutes bei Oberswalde zur Nachzeit auf dem Hof von einem Unbekannten erschossen. Die Leiche war in eine Scheune geschleppt und diese dann angezündet worden. Die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft haben nun dazu geführt, daß die Ehefrau und der Sohn auf dem Gut beschäftigte Inspektor Marquardt unter Vorbericht verhaftet wurden, und zwar auf Grund von Aussagen einer Kartätschlegerin in Oberswalde, zu der die Gutsbesitzerin gehörte, daß sie den bevorstehenden Tod ihres Mannes nicht beschleunigen könnte. Die Gutsbesitzerin und der Inspektor haben den Vorwurf schließlich eingestanden. Marquardt will die Tat begangen haben, weil der ermordete seine Frau schlecht behandelt hat.

Verzweiflung eines Stellungslosen. Nienburg, 24. Januar. Auf der Rückkehr von einem Spaziergang nach der Kunsthalle hatte der Optikermeister Paul Gerber von hier seine Frau und seine beiden Söhne im Alter von 14 und 7 Jahren in der Nähe des Kunigundenweges an einer tiefen Stelle in die Sonne gestoßen und war selbst nachgesprungen. Während Gerber rasch unterging und erstickte, ist es den 14-jährigen Sohn gelungen, seinen jüngeren Bruder und seine Mutter zu retten, ebenso sich selbst, da er ein guter Schwimmer ist. Der Grund zu der Tat ist in Stellungslosigkeit und in ungünstlichen Familienverhältnissen zu suchen.

Herr Wachtmelder, ich will sterben! Ein Strafanwälter, der von einem Polizeivorsteher nach dem Polizeigefängnis Schneeberg geführt wurde, rief sich plötzlich los und stürzte einem gerade in Schmeller Hader daherkommenden Autobus mit den Worten: "Herr Wachtmelder, ich will sterben!" entgegen. Der Fahrer konnte, obgleich er mit voller Kraft

bremsen, den Wagen nicht mehr zum Stehen bringen, und die Bordüber gingen über den Leibwärden hinweg. Bei einem Ober- und Unterschefsleben wurde er bei voller Beimming in das Krankenhaus eingeliefert.

Blutat in einer niedrigen Kleinstadt. Am Morgen in der Stadt wurde die erwachsene Tochter Minna der kleinen Bäckerei von ihrem Vater ermordet in ihrem Bett aufgefunden. Die Leiche war vollständig entkleidet und wies am Halse Wundmale auf. Der Verdacht lenkte sich auf den Bruder des Ermordeten, den 22-jährigen Arbeiter Schnock, der seit der Entdeckung des Mordes verschwunden war. Spuren des Flüchtlings wiesen nach Fürstenberg. Dort konnte er in dem Augenblick verhaftet werden, als er nach Berlin fahren wollte. Auf dem Transport legte er bereits ein Geständnis ab. Er will die Tat begangen haben, weil das Mädchen, das ihn als rohen und gewalttätigen Menschen kennen gelernt hatte, sich weigerte, ihm zu heilten.

Ein Wagen mit 50 000 Libern gekohlt. Am der Anbreustrasse in Berlin, vor der Marktbalme, wurde einem Kutscher einer großen Firma ein mit zwei Pferden bespannter Wagen gestohlen, der 50 000 Stück Tier enthielt. Erst am Abend wurde das leere Gefäß in einem anderen Stadtteil aufgefunden.

Die Rossler Kreditanstalt. Zu der Kreditangelegenheit bei der Landeskreditanstalt in Rossler wird von unterrichteter Seite gemeldet, daß die beiden verhafteten Fabrikdirektoren, Dr. Ulrich Wilhelm und Fritz Küchenstein, schon wieder aus dem Haft entlassen worden sind, da Fluchtverdacht und Verdunklungsgefahr nicht vorliegen scheint.

Gleisbahnunglüx und Schiffskrandung. Bei Mistelen in Ungarn entgleiste nichts ein Dastung und läßte die Bahnlinie unter. Der Kessel der Lokomotive explodierte. Bisher wurden aus den Trümmern des Auges drei Tote und sechs Überlebende geborgen. Mehrere Personen werden noch vermisst. — Der Küstenbahnhof "Ulster" aus Werdern lief im Nebel auf den Strand. 80 Mann der Besatzung sind ertrunken und konnten gerettet werden.

Ein deutscher Dampfer. Bei den Polen ver schwunden. Dem "Dolalanzer" wird aus Kopenhagen berichtet: Einndeckende "Lübeck" erfährt aus Odense am Freitag abend: Der deutsche Dampfer "Amerika" (4400 Tonnen) geriet bei Kopenhagen auf Grund und sank. Man nimmt an, daß die gesamte Besatzung umgekommen ist.

41 Menschen erschossen. Nach einem Kunstdurchzug aus London sind in dem Gebiete Urbana in Transkaufalen große Schießfälle erfolgt. An manchen Landstrichen liegt der Schießpunkt hoch. 41 Menschen sind erschossen.

Eine epochenmachende Erfindung.

Verhindern des Untergangs von Schiffen.

Berlin, 25. Januar. Wie das "Berliner Tageblatt" aus Bremen meldet, fanden gestern auf dem Bodensee Versuche mit einem Apparat statt, durch den das Versinken von Schiffen verhindert werden soll. Der Konstrukteur, Ingenieur Biedermann, versenkte das Versuchsboot mit einer Belastung von 800 Kilogramm, nachdem er den Apparat so eingestellt hatte, daß das Boot nach seinen Versuchsrunden in einer Stunde wieder an der Oberfläche des Wassers erscheinen würde. Wenige Minuten nach der anschließenden Zeit tauchte das Boot wieder auf. Es handelt sich um einen Apparat, der das in das Schiff eingebrachte Wasser ausdrückt.

Bombenattentat in Elsterwerda.

Berlin, 25. Jan. Wie "Wochenblatt" mitteilt: Vor dem Rathaus wurde eine Bombe gesprengt, durch die zwei Personen schwer verletzt wurden. Man nimmt an, daß das Attentat bei einem Befestern verübt wurde, die wegen Bohn mit den Mitgliedern des Municipalrats gescheitert sind.

Verunreinigte Insel.

Lissabon, 26. Januar. Die an der westafrikanischen Küste liegende zu Portugal gehörende Insel Portucale ist plötzlich verunkrautet. Neben das Schiff der Besatzung fehlt jede Nachricht.

Turnen, Sport und Spiel.

Deutsche Turnerschaft, Vergleichsprogramm. Berlin, 25. Januar. Wie das "Berliner Tageblatt" aus Bremen meldet, fanden gestern auf dem Bodensee Versuche mit einem Apparat statt, durch den das Versinken von Schiffen verhindert werden soll. Der Konstrukteur, Ingenieur Biedermann, versenkte das Versuchsboot mit einer Belastung von 800 Kilogramm, nachdem er den Apparat so eingestellt hatte, daß das Boot nach seinen Versuchsrunden in einer Stunde wieder an der Oberfläche des Wassers erscheinen würde. Wenige Minuten nach der anschließenden Zeit tauchte das Boot wieder auf. Es handelt sich um einen Apparat, der das in das Schiff eingebrachte Wasser ausdrückt.

Die größten Feinde der Menschheit sind die Erreger der Defektionsreaktionen, die Bázillen und Kollen. Ein wissamer Schutz gegen diese ohne Mikroskop unsichtbaren Lebewesen ist eine wichtige Ernährung, die genügend Zeit entfällt, denn ein gesunder, richtig ernährter Körper bietet den Krankheitserregern keine Angriffs möglichkeiten. In der Feinststoffmargarine "Schwan im Blaubecken" wird Ihnen für die Ernährung unentbehrliche Zeit in bester Form zu einem erstaunlich billigen Preis geboten.

Amtliche Bekanntmachung.

Wie.

Als Schäfer nach § 6 der Verordnung über die Entschädigung für Viehverluste durch Seuchen vom 6. April 1912 sind für den Stadtbezirk Rue nachgenannte Herren verpflichtet worden:

1. Gutsbesitzer Rudolf Becker,
2. Spediteur Ernst Gessner,
3. Gutsbesitzer Christian Günther,
4. Gutsbesitzer Walter Weißhaar,
5. Gutsverwalter Hermann Schäfer, sämtlich in Rue.

Der Rat der Stadt, Volksamt.

Verantwortlich für den gesamten Inhalt: Arthur Herrfurth. Dr. u. Berl. Kons. Dr. und Berl. Kons. m. d. S. Rue.

